

#FridaysforFuture: Unsere Schule als Teil einer weltweiten Bewegung



Die "Fridays for Future"-Bewegung hatte zu einem weltweiten Protest-Tag aufgerufen: In mehr als 100 Ländern demonstrierten Kinder und Jugendliche – auch unsere Schülerinnen und Schüler waren dabei.

Seit Monaten boykottieren in vielen Ländern weltweit junge Leute einmal pro Woche den Unterricht, um ihrem Unmut gegen ausbleibende Maßnahmen gegen die Erderwärmung zu äußern. Am 15. März wurden die Aktionen zu einem ersten globalen Protesttag ausgeweitet. Weltweit gingen in fast 1700 Städten Jugendliche auf die Straßen - von Finnland bis Südafrika, unter anderem in Sydney, Bangkok und Hongkong, Grönland, Armenien und auf Vanatu.



Formatierung des Demonstrationszuges vor der Schule

"Fridays for Future" fordert schnelles und konkretes Handeln von der Politik: einen schnellen Kohleausstieg, weniger Treibhausgas-Emissionen und weniger Verpackungsmüll – so lauteten einige der Forderungen der Organisatorin der Demonstration Josephine Trenkle, Schulsprecherin unserer Montessorischule.



Josephine und Mitstreiter/innen aus dem Rothenburger Gymnasium



Schüler/innen und Studierenden erhalten mittlerweile auch breite Unterstützung von Erwachsenen und Wissenschaftlern. Rund 20.000 Wissenschaftler aus Deutschland, Österreich und der Schweiz haben eine Stellungnahme unterzeichnet, um dem Anliegen der Klimabewegung Nachdruck zu verleihen, Eltern stellen sich mit „#Parents for Future“ an die Seite der Jugendlichen. In Rothenburg waren auch „Omas und Opas for Future“ mit dabei, Vertreter der Stadt und Rothenburger Bürgerinnen und Bürger, die den Demonstrationzug bis zum Bahnhof begleiteten.



Für unser pädagogisches Team und für mich als Schulleitung war es selbstverständlich, dass sich unsere Schüler/innen an der Kundgebung beteiligten, und wir sind beeindruckt von der Kraft und der Ernsthaftigkeit, mit der sich die Kinder und Jugendlichen für eine lebenswerte Zukunft einsetzen.





Die Schülervertreter Josephine Trenkle und Ari Lisson haben die Veranstaltung rechtzeitig sorgfältig geplant. Da die Kundgebung auf öffentlichem Gelände stattfindet, muss man sie bei der Stadt bzw. dem Ordnungsamt anmelden. Die Polizei sicherte den Marktplatz und sperrte die Straßen, auf denen der Demonstrationzug entlang bis zum Bahnhof lief. Wir bedanken uns für die Unterstützung der Behörden!

Die Frage, ob sich Schulpflicht und das Grundrecht der Versammlungs- oder der Meinungsfreiheit entgegenstehen, wurde von Gerichten verhandelt. Sie kamen zu dem Schluss, dass die Auslegung des Schulrechts grundrechtsfreundlich sein muss: Sie muss das entgegenstehende Grundrecht der Versammlungsfreiheit würdigen und ihm möglichst zur Geltung verhelfen, soweit es der Bildungs- und Erziehungsauftrag zulässt (z. B. VG Hannover, Beschluss vom 24.01.1991, Az. 6 B 823/91, NJW 1991, 1000-1001).

Das bedeutet, dass allein eine Einzelfallbetrachtung dem hohen Rang gerecht wird, den das Grundgesetz dem Recht auf Versammlungsfreiheit einräumt und berücksichtigt, dass die der Schule durch Art. 7 Abs. 1 GG aufgetragene Erziehung zum mündigen Staatsbürger grundsätzlich auch die Gestattung zu politischer Betätigung einschließt.

Wir brauchen für unsere Gegenwart und unsere Zukunft verantwortungsvoll handelnde und demokratisch denkende Menschen und wollen dazu beitragen, dass unsere Schülerinnen und Schüler sich dazu entwickeln können.

15.03.2019, Brigitte Wagner